

er hervorhob, daß dieser nicht das Wort »unzuverlässig« gebraucht, sondern nur von »wenig zuverlässigen Angaben« gesprochen habe. Fürst Bismarck bemerkte darauf: er sehe hiernach, daß thatsächlich die Sache im Ganzen so liege, wie er vorausgesetzt; — er habe seinen Aeußerungen weder etwas hinzuzufügen, noch etwas daran zurückzunehmen.

Die Stellung der Centrumpartei zur Wirtschaftsreform wurde in derselben Sitzung (vom 8.) durch den Abgeordneten Windthorst nochmals näher bezeichnet: Deutschland befinde sich jetzt in einer Zeit, wie sie auf große Erschütterungen folge, wo die Industrie eines mäßigen Schutzes bedürfe, damit sie wieder erstarke und den Wettkampf mit anderen Nationen aufnehmen könne. Wenn alle Nationen um Deutschland herum ihre Grenzen mit einem Schutzgürtel versehen, so könne man es den Deutschen nicht zumuthen, allein Deutschlands Thore dem Auslande offen zu halten. Er wies die Behauptung zurück, daß das Centrum über seine Haltung mit der Regierung verhandelt habe: in den kirchlichen Fragen halte dasselbe an seiner Stellung fest, bis den Beschwerden der Kirche Abhilfe geschafft sei. Trotzdem könnte die Partei dem Reichskanzler theilweise mit aller Energie auf dem betretenen Wege folgen. Er hoffe, der Reichskanzler werde daraus entnehmen, wie wenig es richtig sei, das Centrum als Gegner des Reichs zu betrachten. Dasselbe wolle keine Opposition um der Opposition willen treiben, wo es sich um die lebendigsten Interessen der Nation handle, werde es die Regierung unterstützen. Die Vorlagen zerfielen in zwei Theile, das wirtschaftliche und das finanzielle Gebiet. In wirtschaftlicher Beziehung sei das Centrum bereit zur Unterstützung der Vorlagen im Großen und Ganzen: die Volksvertretung dürfe sich einer so mächtigen Bewegung, wie sie jetzt durchs Land gehe, nicht entziehen. Die Partei stimme mit der wesentlichen Richtung des Tarifs überein und hoffe auf eine schnelle Erledigung zum Wohle des deutschen Vaterlandes. Was die Finanzzölle betreffe, so werde das Centrum sie nur so weit bewilligen, als der Betrag aus den Schutzzöllen zur Deckung der von den Finanzministern nachzuweisenden Bedürfnisse nicht ausreichen. Zugleich aber müsse man die Sicherheit gewinnen, daß die Einnahmen aus den Finanzzöllen in der That nicht anderweitig als zum Ersatz für die Matrikularbeiträge und für die nachgewiesenen Bedürfnisse des Reiches verwendet werden.

In der Sitzung vom Freitag (9.) legte zunächst der sächsische Minister von Kostitz die Stellung der Einzelregierungen zu der Wirtschaftspolitik des Reichstages und namentlich auch in Bezug auf die Abschaffung der Matrikularbeiträge dar. Der Abgeordnete Graf Stolberg von der deutsch-konservativen Partei erklärte seine und seiner Freunde entschiedene Zustimmung zu der Regierungspolitik, weil diese allein den jetzigen Bedürfnissen des Vaterlandes entspreche, und hat schließlich das Haus, nicht an Fragen, wie die der konstitutionellen Bürgschaften, die Aufgabe der Wirtschaftspolitik scheitern zu lassen. Er erinnerte daran, daß wenn in der Zeit des preussischen Konflikts das Abgeordnetenhaus die Macht gehabt hätte, dem Ministerium die Mittel zu verweigern, es heute keinen Reichstag und kein geeinigtes Deutsches Reich geben würde. Schließlich erneuerte der nationalliberale Abgeordnete Rickert die Angriffe vom entschieden freihändlerischen Standpunkte und trat namentlich für die durch die neue Zollpolitik in ihren Lebensinteressen bedrohten Ostseeprovinzen ein. Nach kurzen Erwidern der Regierungskommissarien wurde sodann die Berathung geschlossen und zur Abstimmung über die geschäftliche Behandlung der Tarifvorlage geschritten.

Der von nationalliberalen Abgeordneten gestellte Antrag, wonach die finanzpolitischen Punkte getrennt von den zollpolitischen einer besonderen Kommission überwiesen werden sollten, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag der volkswirtschaftlichen Vereinigung, wonach eine Reihe von wichtigen Sollen alsbald im Reichstage selbst, die übrigen Sätze in einer Kommission weiter berathen werden sollen, mit einer Mehrheit von 20 Stimmen angenommen.

Nach dem Abschlusse der ersten Lesung der Tarifvorlage kamen die beiden Gesetze über die Brausteuer und die Tabaksteuer zur allgemeinen Berathung.

Der Entwurf wegen der Brausteuer wurde von dem Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, Minister Hofmann, dahin erläutert, die verbündeten Regierungen hätten diese Vorlage nicht nur aus finanziellen Gründen eingebracht, sondern auch als einen Schritt auf dem in der Verfassung bezeichneten Wege zur Gemeinschaft der Bier- und Branntweinsteuer in ganz Deutschland, die der Reichstag ja wohl auch als ein verfassungsmäßig zu erstrebendes Ziel ansehen werde. In der vorigen Session sei die Beseitigung der jetzt bestehenden inneren Zollschranken in Deutschland für Bier und Branntwein einstimmig als wünschenswerth anerkannt. Auf dieses Ziel weise die nationale Wirtschaftspolitik mit Nothwendigkeit hin.

Der Entwurf wurde nach kurzer Berathung einer Kommission überwiesen.

Die Berathung in Betreff der Tabaksteuer wurde von dem

preussischen Finanzminister Sobrecht durch einige Worte eingeleitet, welche an die vorjährigen Verhandlungen anknüpften, die abgebrochen worden seien, als es sich um die Frage der Wahl des geeignetsten Systems für die Besteuerung handelte. Die Untersuchungen der eingesetzten Enquetekommission hätten dahin geführt, daß nur die Wahl zwischen dem Monopol und der Rohtabaksteuer übrig bleibe. Die verbündeten Regierungen haben sich für die Rohtabaksteuer entschieden, vornehmlich weil das Monopol auf längere Zeit hinaus nur geringe und ungenügende Erträge liefern würde. Die Enquetekommission habe bei der Rohtabaksteuer drei Sätze des Zolls (50, 60 und 70 Mark für den Centner) und dem entsprechend Steuerfüße für den inländischen Tabak (33, 40, 50 Mark) als durchführbar bezeichnet. Wenn sich die Regierungen nicht für den höchsten Satz entschieden haben, obwohl sie darüber einig und auch mit dem Reichstag einig sind, daß der Tabak gerade ein Verbrauchsartikel sei, der sich vor allen anderen Dingen zu einer ausgiebigen und starken Besteuerung eignet, und bei dem man kaum eine andere Grenze als die des finanziellen Interesses zu ziehen hätte, — wenn sie sich doch darauf beschränkt haben, den Mittelsatz zu empfehlen, so beruht dies auf der Erwägung, daß es sich empfiehlt, den Sprung nicht zu stark zu machen, und zweitens vorzugsweise in der Rücksicht einer möglichen Schonung des inländischen Tabakbaues.

Der Minister schloß mit den Worten: »Wer die Möglichkeit einer Reform unserer direkten Steuer auch in dem allerbescheidensten Umfange nicht von vornherein von der Hand weisen, sie nicht hindern will, der wird sich nicht entschlagen können, dieser Erhöhung unserer indirekten Einnahmen seine Zustimmung zu geben.«

Die Vorlagen wurden gleichfalls einer Kommission zur Vorberathung überwiesen.

Die Tariffkommission des Reichstages, welche aus 28 Mitgliedern bestehen soll, wird am Mittwoch (14.) gewählt werden. Nach den im voraus getroffenen Vereinbarungen wird dieselbe aus 4 Mitgliedern der deutsch-konservativen Partei (die sämtlich Anhänger der Finanz- und Steuerreform, 3 zugleich Freunde der Zollreform sind), 5 Mitgliedern der frei-konservativen Reichspartei (sämtlich entschiedenen Anhängern der gesammten Wirtschaftsreform), 8 Mitgliedern der Centrumpartei (sämtlich Freunde der Zollreform, bedingungsweise auch der Finanzreform), 8 Nationalliberalen (worunter 2 entschiedene Anhänger der Zoll- und Finanzreform, 4 Anhänger der Finanz- und bedingungsweise der Zollreform, 2 entschiedene Gegner der Vorlage) und aus 3 Mitgliedern der Fortschrittspartei (Gegnern der Reform) bestehen. Die Kommission zählt 18 entschiedene Anhänger der Zollreform und 4 Mitglieder, die ihr bedingungsweise zustimmen, 6 entschiedene Gegner derselben, — 15 grundsätzliche Anhänger der Finanzreform und 8 Mitglieder, die ihr unter Bedingungen zustimmen, 5 Gegner derselben.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Berathungen in der Kommission, wie im Reichstage selbst zu einer Verständigung über die Tarifvorlage im Großen und Ganzen führen werden.

Unser Kaiser hat am Donnerstag (8.) Wiesbaden unter den lebhaftesten Kundgebungen der Verehrung und Liebe der Bevölkerung verlassen und ist am Freitag (9.) Vormittag im erfreulichsten Wohlsein in Berlin wieder eingetroffen. An demselben Tage noch hatte Se. Majestät eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler und nahm die Vorträge des Ministers des Innern, des Kriegs-Ministers u. A. entgegen.

Seit Montag finden in Gegenwart des Kaisers Besichtigungen der Garderegimenter in Potsdam und Berlin statt.

Se. Majestät gedenkt zunächst abwechselnd in Berlin und auf Schloß Babelsberg zu residiren. Nach den Festlichkeiten zur goldenen Hochzeit des Kaiserpaars, an welchen auch der Kaiser Alexander von Rußland mit mehreren Großfürsten Theil nehmen wird, dürfte etwa Mitte Juni die Badereise des Kaisers voraussichtlich nach Ems eintreten, welcher im Juli der Besuch von Gastein folgen soll.

Unsere Kaiserin hat sich nach beendigter Kur in Baden-Baden am Montag (12.) zunächst nach Koblenz und am Dienstag (13.) von dort über Ostende zum Besuch der Königin Victoria nach Schloß Windsor begeben.

Unser Kronprinz, dessen Kur in Rissingen von dem günstigsten Erfolg begleitet ist, gedenkt zu Ende dieses Monats nach Berlin zurückzukehren.

Das Kronprinzliche Haus ist am Montag (11.) durch die Geburt einer ersten Enkelin, einer Tochter der Erbprinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen, erfreut worden. Unser Kaiser ist hierdurch Urgroßvater geworden.